

Stadtrat

Sitzung am Donnerstag, 26.05.2011

- Ergänzung der Unterlagen -

Öffentliche Tagesordnung

Inhaltsverzeichnis
siehe letzte Seite(n)

- | | | |
|-------|---|--------------------------------|
| 8.6. | Haushaltskonsolidierung beim Bezirk Mittelfranken:
aktuelle Pressemitteilung der Bezirkstagsitzung am 25.05.2011
Tischauflage | 13-2/122/2011
Kenntnisnahme |
| 10.1. | Niederlegung des Stadtratsmandates durch Frau Heidi Graichen
Tischauflage | 13-2/119/2011
Beschluss |
| 12. | Geschäftsbereich der zweiten ehrenamtlichen Bürgermeisterin/des
zweiten ehrenamtlichen Bürgermeisters ab 01.07.2011;
Entschädigung nach Art. 134 des Gesetzes über Kommunale Wahl-
beamte (KWBG)
Dringlichkeitsantrag der SPD und Grüne Liste Nr. 062/2011 | 11/043/2011
Beschluss |
| 20.1. | Berufung in den Aufsichtsrat der Erlanger Schlachthof GmbH
Tischauflage | II/105/2011
Beschluss |
| 21. | Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2010
des Amtes für Veterinärwesen und gesundheitlichen Verbraucherschutz
(Amt 39)
Tischauflage | 39/007/2011/1
Beschluss |
| 23. | Energiewende Erlangen
überarbeitete Vorlage, Behandlung mit TOP 23.1 und TOP 30 | 31/117/2011/1
Beschluss |
| 23.1. | SPD Antrag und Antrag GRÜNE Liste vom 12.04.2011:
Resolution zum Abschalten des AKW Grafenrheinfeld
Tischauflage | III/020/2011
Beschluss |
| 32.1. | Fraktionsantrag der SPD Nr. 058/2011 gem. § 28 GeschO vom
24.05.2011 zum TOP 32 der Stadtratsunterlage vom 26.05.2011
Tischauflage | 611/087/2011
Beschluss |
| 34.1. | Bildung einer 5. Eingangsklasse am städtischen Marie-Therese-
Gymnasium; Dringlichkeitsantrag der Stadtratsfraktion Grüne Liste
Nr. 053/2011 vom 18.5.2011
Tischauflage | 40/079/2011
Beschluss |
| 34.2. | Ganztagschule - Einbau einer Mensa in der Grund- und Mittelschule
Büchenbach Nord (Mönauschule)
Änderungsplanung nach 9.1 DABau
Tischauflage | 242/130/2011
Beschluss |
| 34.3. | Beantwortung des Dringlichkeitsantrages der SPD-Fraktion vom
24.05.2011, Nr. 061/2011; Fassadengestaltung der Kinderkrippe
Wasserturmstraße
Tischauflage | 24/030/2011
Beschluss |

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
OBM/13-2/FLB T. 2306

Verantwortliche/r:
Herr Lothar Friedel

Vorlagennummer:
13-2/122/2011

Haushaltskonsolidierung beim Bezirk Mittelfranken: aktuelle Pressemitteilung der Bezirkstagssitzung am 25.05.2011

Beratungsfolge	Termin	N/Ö	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	26.05.2011	Ö	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen

I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

II. Sachbericht

Siehe Pressemitteilung der Bezirkstagssitzung vom 25.05.2011

Anlagen: Pressemitteilung des Bezirkstages

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

Bezirk Mittelfranken □ Postfach 617 □ 91511 Ansbach

An die Redaktion

PRESSEMITTEILUNG

Ansbach, 25.05.2011

Einschnitte im sozialen Bereich und bei der Bildung?

Bezirkstagspräsident Bartsch nennt am 28. Juli Einsparvorschläge

Ansbach – In seiner heutigen Sitzung beschäftigte sich der Bezirkstag Mittelfranken erneut mit dem „Gutachten zur Haushaltskonsolidierung“ des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbandes. Dabei gab Bezirkstagspräsident Richard Bartsch bekannt, dass er dem Gremium in der Sitzung am 28. Juli konkrete Einsparvorschläge vorlegen werde, „die kurz-, mittel- und langfristig die Ausgaben vor allem im Sozial- und im Bildungsbereich senken werden“.

Derzeit werden in den Fachausschüssen des Bezirkstags die Ergebnisse des Prüfungsgutachtens beraten und insbesondere die Leistungen und sozialen Angebote in Mittelfranken mit denen in anderen bayerischen Bezirken verglichen. Auch der Bildungsbereich stehe dabei auf dem Prüfstand.

Der Sozialausschuss am 5. Juli, so der Bezirkstagspräsident weiter, werde sich aufgrund entsprechender Fraktionsanträge mit den Entgelten in anderen Bezirken befassen. Die Sachverständigen, die dem Ausschuss in beratender Funktion angehören, seien gebeten worden, darzulegen, warum Wohlfahrtsverbände und private Träger für die gleiche Leistung in den einzelnen Bezirken unterschiedliche Entgelte verlangen. Außerdem sollen in der Sitzung die Folgen einer Angleichung der mittelfränkischen Sozialausgaben an einen bayerischen Durchschnittswert aufgezeigt werden.

Als weiteren Termin auf dem Weg zu einer Haushaltskonsolidierung nannte Bartsch die Sitzung des Sozialausschusses am 21. Juli. Da werden die Vertreter des Gemeinde-, Städte-, und Landkreistages zu den Ergebnissen und Konsequenzen des Prüfungsgutachtens Stellung nehmen. Die Sachverständigen im Ausschuss, zu ihnen gehören auch Vertreter der großen Wohlfahrtsverbände, tragen den Bezirksräten dazu ihre Sicht der Dinge vor.

Bezirkstagspräsident Richard Bartsch löst mit der Ankündigung, ein Programm zur Haushaltskonsolidierung in der Sitzung des Bezirkstages am 28. Juli vorzulegen, eine Zusage an die Oberbürgermeister der Städte Nürnberg, Fürth, Erlangen und Schwabach sowie an die Landräte der Kreise Nürnberger Land, Fürth, Erlangen-Höchstadt und Roth ein. Diese hatte er beim sogenannten „4 + 4-Treffen“ vor wenigen Tagen gegeben.

**PRESSE- UND
ÖFFENTLICHKEITSARBEIT**

□ UNSER ZEICHEN:
014 - 0402.05

□ AUSKUNFT ERTEILT:
Frau Distler

Gebäudeteil : B
Zimmer-Nr. : 120

Telefon: 0981 / 4664-1031
Telefax: 0981 / 4664-1039

pressestelle@bezirk-
mittelfranken.de

□ DIENSTGEBÄUDE:
Danziger Straße 5
91522 Ansbach

Buslinie 756 Haltestelle:
Bezirkskrankenhaus

Telefon: 0981 / 4664-0
Telefax: 0981 / 4664-90 90

poststelle@bezirk-
mittelfranken.de

www.bezirk-mittelfranken.de

□ KONTO:
Sparkasse Ansbach
(BLZ 765 500 00)
Kontonummer: 250 928



Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/13-2/FLB T. 2306

Verantwortliche/r:
Herr Lothar Friedel

Vorlagennummer:
13-2/119/2011

Niederlegung des Stadtratsmandates durch Frau Heidi Graichen

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	26.05.2011	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Das Vorliegen eines wichtigen Grundes für die Niederlegung des Stadtratsmandates durch Frau Heidi Graichen nach Artikel 19 der Bayerischen Gemeindeordnung wird anerkannt. Frau Graichen scheidet mit Ablauf des 30.06.2011 aus dem Erlanger Stadtrat aus.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Frau Heidi Graichen bittet mit Schreiben vom 20.05.2011 darum, sie aus gesundheitlichen Gründen von ihrem Stadtratsmandat zu entbinden.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die Verwaltung schlägt vor, der Bitte von Frau Graichen zu entsprechen, da ein wichtiger Grund nach Artikel 19 der Bayerischen Gemeindeordnung vorliegt.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Durch Beschluss des Stadtrates gemäß Artikel 19 der Bayerischen Gemeindeordnung.

Anlagen: keine

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang



**SPD Fraktion
im Stadtrat
Erlangen**

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Geschäftsstelle im Rathaus
1. Stock, Zimmer 105 und 105a
Telefon 0 91 31 / 86 22 25
Telefax 0 91 31 / 86 21 81

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathausplatz 1
91052 Erlangen
e-mail sod@erlangen.de

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 24.05.2011
Antragsnr.: 062/2011
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: OBM/ZV/11
mit Referat: OBM/13



Stadtratsfraktion

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Zimmer 130

Büro: Mo 10-12, 14-18 Di 10-12 Do 12-14
tel 09131/862781 fax 09131/861681
e-mail: gruene-liste@erlangen.de
<http://www.gl-erlangen.de>

Erlangen, den 24.05.2011

**Dringlichkeitsantrag zum Stadtrat am 26.05.2011:
Verzicht auf die Wahl einer weiteren Bürgermeisterin/
eines weiteren Bürgermeisters**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

aus aktuellem Anlass beantragen wir:

Als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung wird auf die jetzt freiwerdende
Bürgermeisterstelle verzichtet. Das Referat wird aufgelöst und die
Aufgaben/Fachämter auf die anderen Referate verteilt.

Mit freundlichen Grüßen

für die SPD-Fraktion:

Dr. Florian Janik
Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion

f.d.R. Saskia Coerlin

für die Grüne Liste-Fraktion:

Susanne Lender Cassens
Vorsitzende der GL-Stadtratsfraktion

f.d.R. Wolfgang Most

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
II

Verantwortliche/r:
Herr Beugel

Vorlagennummer:
II/105/2011

Berufung in den Aufsichtsrat der Erlanger Schlachthof GmbH

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	26.05.2011	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Für die Amtszeit 01.05.2011 bis 30.04.2014 werden in den Aufsichtsrat berufen:

Herr Prof. Dr. Gerhard Bareuther	Hochschullehrer
Herr Lars Kittel	FDP
Herr Adam Neidhardt	CSU
Herr Norbert Schulz	SPD
Herr Wolfgang Winkler	Grüne Liste
Herr Konrad Beugel	Referent für Wirtschaft und Finanzen

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Nach dem Gesellschaftsvertrag der ESG (§ 9) ist der Aufsichtsrat für drei Jahre zu wählen und besteht aus bis zu sieben natürlichen Personen. Die Amtsperiode des letzten Aufsichtsrates endete turnusgemäß zum 30. April 2011. Die neue Amtszeit gilt vom 01.05.2011 bis 30.04.2014 (= Ende der Legislaturperiode des amtierenden Stadtrates). Die Zusammensetzung bleibt unverändert, das Einverständnis der betreffenden Stadträte und von Prof. Bareuther liegt vor.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
 sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
 sind nicht vorhanden

Anlagen:

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
III-39-BJK-1720

Verantwortliche/r:
Frau Dr. Bauer

Vorlagennummer:
39/007/2011/1

Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2010 des Amtes für Veterinärwesen und gesundheitlichen Verbraucherschutz (Amt 39)

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	26.05.2011	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

1. Dem bereinigten Gesamtbudgetergebnis 2010 des Amtes 39 i.H. v. 72.721,40 EUR und der freiwilligen Rückgabe des sich errechnenden Budgetübertrages von 14.544,28 EUR wird zugestimmt.

2. Mit dem Vorschlag zur Verwendung des Budgetübertrages 2010 i.H. von 14.544,28 EUR als freiwillige Rückgabe an die Kämmerei und der Restmittel in der Budgetrücklage des Amtes von 51.184,28 EUR besteht Einverständnis.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit der Möglichkeit, 20% des positiven Budgetergebnisses für sinnvolle Aufgaben des nächsten Jahres verwenden zu können, soll das verantwortungsvolle Wirtschaften des Fachamtes unterstützt und anerkannt werden.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

2.1 Das bereinigte Sachkostenbudgetergebnis 2010 des Amtes 39 beträgt 31.880,57 EUR (2009: 720.261,28 – damals noch incl. vorheriges Amt 36 – Fleischhygiene, 2008: 8.989,14 EUR).

In den Investitionshaushalt wurden 0 EUR übertragen (2009: 0 EUR, 2008: 0 EUR).

2.2 Das bereinigte Personalkostenbudgetergebnis 2010 des Amtes 39 beträgt 40.840,83 EUR (Amt 39 ohne Abt. Fleischhygiene).

Es ist zurückzuführen auf:

Nach Integration des ehemaligen Fleischhygieneamtes (Amt 36) in Amt 39 zum 01.02.2010 wurde der Bereich der Fleischhygieneüberwachung nach Rücksprache mit Amt 20 als Gebührenrechner (Produkt 1226) auf Grund des Kostendeckungsgebotes einzeln abgerechnet. Damit ist in der Budgetabrechnung 2010 der Bereich Fleischhygieneüberwachung ausgeklammert und es werden nur die bereinigten Sach- und Personalmittelbudgets der anderen Amtsbereiche ausgewiesen.

2.3 Das Arbeitsprogramm 2010 konnte wie geplant erfüllt werden.

2.4 Der vorgesehene Übertragungsvorschlag ist der beiliegenden Budgetabrechnung der Kämmerei zu entnehmen.

2.5 Angaben zur Verwendung des Budgetübertrages (da 0 EUR) entfällt.

2.6 Entwicklung der Budgetergebnisrücklage des Amtes 39 in 2010

	Betrag in EUR
Stand am 01.01.2010	51.184,28
geplante Entnahmen 2010 aufgrund Fachausschussbeschluss vom (XX.XX.2010)	0
für EUR	
für EUR	
für EUR	
./. abzüglich der tatsächlichen Entnahmen aufgrund Fachausschussbeschluss	0
./.abzüglich Rücklagenentnahme zur Reduzierung des Verlustausgleichs	0
= gegenwärtiger Rücklagenstand	51.184,28
Folgende Verwendung des gegenwärtigen Rücklagenstandes ist geplant:	
2.6.1 Anschaffung von Arbeitsgeräten für das Untersuchungslabor der Abt. Fleischhygiene (Autoklaviergerät und Mikroskop)	ca. 15.000,00
2.6.2 Finanzierung der Erlanger Verbraucherberatungstage 2011 zur Deckung der anfallenden Kosten (nach Wegfall von Zuwendungen des BayStMUG bzw. BayStMJV zur Förderung der Veranstaltung)	ca. 5.000,00
2.6.3 Vorhaltung der Rücklage für entstehende Kosten amtlicher Vollzugsmaßnahmen im Tierseuchenfall bzw. im Tierschutzbereich	
2.6.4 Noch nicht quantifizierbare Ausgaben im Zuge des Akkreditierungsverfahrens der Trichinenuntersuchungsstelle	

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Budgetrücklagenzuführung i.H.v. 0 EUR

(wird gebucht im Rahmen der Abschlussarbeiten zum Haushalt 2010)

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Amt		39		Überschuss-Budget oder Zuschuss-Budget (negativer Betrag)		680.200,00		Budgetrelevante Änderungen im Laufe des Jahres 2010	
		Erträge	Aufwendungen			beschlossenes Sachmittelbudget		Veränderungen im Laufe des Abrechnungszeitraums (Mittelherkunftsfiler APL/ÜPL/Sperre)	
		886.500,00	206.300,00						Berücksichtigung Gebührenrechner Fleischhygiene (Produkt 1226)
		-875.000,00	-150.400,00						
Zeile 65		-875.000,00	-150.400,00						Summe der Veränderungen im Abrechnungszeitraum (Mittelherkunftsfiler APL/ÜPL/Sperre)
Budgetabrechnung 2010									
Zeile 68		11.500,00	55.900,00			-44.400,00			Fortgeschriebenes Sachmittelbudget (s. "Gesamtansatz" in nsk-Kontenschema XX_BUDGET, Spaltenlayout DRUCK5)
Zeile 70		8.288,01	20.807,44			-12.519,43			erwirtschaftetes Überschuss-/verbrauchtes Zuschussbudget = Rechnungsergebnis (s. "Bewegung" in nsk-Kontenschema XX_BUDGET, Spaltenlayout DRUCK5)
		-3.211,99							Mehrerträge (+) / Mindererträge (-)
			-35.092,56						Mehraufwendungen (+) / Minderaufwendungen (-)
Zeile 74						31.880,57			Ergebnis Sachmittelbudget -ohne Fleischhygiene-
									Bereinigungen Sachmittelbudget:
Zeile 79						31.880,57			Bereinigtes Ergebnis Sachmittelbudget = Teilergebnis I
Zeile 81						40.840,83			Ergebnis Personalmittelbudget (Wert kommt von Amt 11) -ohne Fleischhygiene-
									Bereinigungen Personalmittelbudget
Zeile 86						40.840,83			Bereinigtes Ergebnis Personalmittelbudget = Teilergebnis II
Zeile 88						72.721,40			Bereinigtes Gesamtergebnis Personal- und Sachmittelbudget (Teilergebnis I + Teilergebnis II)
Zeile 90						-58.177,12			abzüglich 80 % Rückgabe an den Haushalt gemäß Budgetierungsregel (Rückgabe = Betrag mit Minuszeichen)
Zeile 92						-14.544,28			abzüglich freiwillige Rückgabe des Fachamtes (Rückgabe = Betrag mit Minuszeichen)
									plus Entnahme aus der Sonderrücklage des Fachamtes zur Reduzierung des negativen Ergebnisses (kein Vorzeichen)
Zeile 94						0,00			Übertragungsvorschlag der Kämmerei für den Fachausschuss/HFPA/Stadtrat

11/40

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
III/31/SHH

Verantwortliche/r:

Vorlagennummer:
31/117/2011/1

Energiewende Erlangen

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	26.05.2011	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

EStW, Beirat zur Erlanger AGENDA 21

I. Antrag

Die Stadt Erlangen strebt langfristig die vollständige Energieversorgung auf Basis regenerativer Energien an.

Basis für diesen Umstieg sind verstärkte Energieeffizienzmaßnahmen, die zu einer weiteren drastischen Reduzierung des Gesamtenergieverbrauchs führen.

Für den Bereich der Stromversorgung soll bis zum Jahr 2030 eine 100%ige Versorgung auf Basis hocheffizienter KWK-Anlagen sowie Regenerativer Energien unter folgenden Rahmenbedingungen erreicht werden:

- Erzeugung von 50 % des Strombedarfes mittels hocheffizienter KWK-Anlagen im Stadtgebiet
- Erzeugung bzw. Bezug von 50 % des Strombedarfes auf Basis Regenerativer Energien (standortunabhängig)

Für den Bereich der Wärmeversorgung soll die Umstellung auf Regenerative Energien auf Basis regionaler und überregionaler Aktivitäten bis zum Jahr 2050 erreicht werden.

Die Vorlage lag dem UVPA am 17.05.2011 bereits zur Begutachtung vor und wurde dort einstimmig begutachtet.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

Zur Energiewende Erlangen lag dem Agenda 21 Beirat am 2. Mai 2011 eine von Wolfgang Geus (EStW), Heinz Horbaschek (BN), Stefan Jessenberger (Energiewende ER(H)langen), Dr. Helmut Pfister (AGENDA 21-Beirat) und Dr. Hans-Jürgen Seeberger (Stadt Erlangen) eine modifizierte und präzierte Fassung des Antragstextes vom 7. Juni 2010 zur Beschlussfassung vor. Der Beirat fasste den im Antrag wiedergegebenen Beschluss ohne Gegenstimme.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

Für den notwendigen Ausbau der KWK-Anlagen unterstützt und fordert die Stadt Erlangen den hierfür notwendigen Anschluss der Großverbraucher wie Universität, Klinikum und Siemens an das Fernwärmenetz der ESTW oder alternativ den Ausbau eigener BHKW's mit Nahwärmenetzen. Darüber hinaus schafft die Stadt Erlangen auch für alle anderen Verbraucher und neu zu erschließenden Versorgungsgebiete die Rahmenbedingungen für den weiteren Ausbau des Fernwärmenetzes sowie von Nahwärmenetzen bzw. den Umstieg auf private KWK-Anlagen in größeren Wohneinheiten und die energetische Sanierung der Gebäude.

Für den notwendigen Ausbau des Anteils Erneuerbarer Energien für die Stromversorgung sowie die sukzessive Versorgung der KWK-Anlagen mittels Brennstoffen auf Basis Erneuerbarer Energien werden sowohl Erzeugungsanlagen im Stadtgebiet als auch Anlagen und Lieferanten außerhalb des Stadtgebietes gefördert bzw. genutzt (Windkraftanlagen/-parks, Solarkraftanlagen, Biorestmasse-, Klärgas-, EE-Wasserstoff, EE-Methan, Geothermie-Anlagen, u. w.). Dies schließt auch den Bau bzw. die Beteiligung an Anlagen im Landkreis und darüber hinaus durch die ESTW oder ortsansässige Unternehmen, Gesellschaften, Vereine und Genossenschaften, ggf. auf Basis von PPP-Modellen ein.

Im Verkehrssektor werden der Umweltverbund (ÖPNV, Radverkehr, Fußgänger) weiter ausgebaut, verkehrsvermeidende Arbeits- und Wohn-Strukturen geschaffen, effizientere Antriebskonzepte gefördert sowie eine Umstellung auf Fahrzeuge mit EE-Methan, EE-Wasserstoff oder EE-Elektroantrieb forciert.

Notwendige Voraussetzungen für die Zielerreichung sind die aktive Beteiligung aller Verbraucher, insbesondere der Großverbraucher im Stadtgebiet, die heute im Bereich der Stromversorgung ca. 75 % des Gesamtverbrauches ausmachen sowie die Einbeziehung des Verkehrssektors.

3. Prozesse und Strukturen

Bei der Umsetzung kann die Stadt Erlangen aufbauen auf den Erfolgen und funktionierenden Organisationsstrukturen der Stadtverwaltung, der EStW, der GEWOBAU und anderer Tochtergesellschaften (u. a. EBE, EB 77) sowie auf den vielfältigen Aktivitäten und Ideen aus der Bürgerschaft in entsprechenden Organisationen, Vereinen, Verbänden und Initiativen.

Zur Erreichung der o.g. Ziele muss die Stadt jedoch den Einsatz organisatorischer, personeller und finanzieller Mittel verstärken, die Organisationsstrukturen ausbauen und optimieren sowie einen systematischen Managementprozess etablieren, insbesondere für folgende Aktivitäten:

- Integration der Energiewende-Aktivitäten in bestehende Arbeits-, Organisations- und Kommunikationsabläufe der Lenkungsgruppe EnergieeffizientER sowie ihrer Arbeitsgruppen, die in diesem Zuge intensiviert, optimiert und mit der notwendigen Verbindlichkeit ausgestattet werden müssen
- Öffentlichkeitsarbeit zur Vermittlung der Ziele und Aktivierung o. g. Akteure sowie der einzelnen Bürger
- Ermittlung von Potentialen für EE in Erlangen sowie der Verkehrsvermeidung und Umstellung auf ÖPNV
- Aufstellung verbindlicher (Zwischen-)Ziele und Zeitpläne (Energiewende-Masterplan), mit entsprechenden individuellen Zielvorgaben für alle städtischen Referate, Ämter und städtischen Tochtergesellschaften (EBE, GME etc)
- Interkommunale Kooperation zur Abstimmung von Maßnahmen mit dem Landkreis sowie der Metropolregion
- Vorbereitung der Ausweisung von Flächen für den Bau von EE-Anlagen (z. B. Wind, Was-

ser, Photovoltaik, Solarthermie, Geothermie, Speicher)

- Unterstützung der Umsetzung von Genossenschafts- und Bürgerbeteiligungsmodellen zur Realisierung von Anlagen
- Unterstützung der Finanzierung von Maßnahmen nach dem „Contracting“-Modell durch unterschiedlichste Kapitalgeber (einschl. Genossenschaften und Bürgerbeteiligungsgesellschaften)
- Monitoring der Maßnahmen

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Anlagen:

Anlage 1_Vorlage der Initiative Energiewende ER(H)langen!
Anlage 2_“EN“ Energiewende als Ziel

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
III/WMC

Verantwortliche/r:

Vorlagennummer:
III/020/2011

SPD Antrag und Antrag GRÜNE Liste vom 12.04.2011: Resolution zum Abschalten des AKW Grafenrheinfeld

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	26.05.2011	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen
EStW, 31

I. Antrag

- Der Stadtrat der Stadt Erlangen fordert die Bundesregierung und die Bayer. Staatsregierung auf, im Rahmen eines Gesamtkonzepts die schnellstmögliche und dauerhafte Abschaltung des Atomkraftwerks Grafenrheinfeld in die Wege zu leiten.
- Der Stadtrat fordert den Bayerischen Städtetag auf, die Interessen der vom Betrieb des Atomkraftwerks Grafenrheinfeld bedrohten Stadt Erlangen gegenüber dem Bayerischen Landtag, der Bayerischen Staatsregierung und über den Deutschen Städtetag auch gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung zur Geltung zu bringen.
- Der Stadtrat fordert auch die mittelfränkischen Abgeordneten des Bundestags und des Landtags auf, diese Resolution zu unterstützen. Er fordert die mittelfränkischen Europaabgeordneten auf, im gleichen Sinne für eine Abschaltung aller Atomkraftwerke der EU-Mitgliedsstaaten einzutreten.

Der Antrag der SPD-Stadtratsfraktion und der GRÜNE LISTE-Stadtratsfraktion, Nr. 37/2011, ist damit abschließend bearbeitet.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Das Atomkraftwerk Grafenrheinfeld wurde 1981 in Betrieb genommen und ist wenige Kilometer von der Stadt Schweinfurt entfernt. Ein Schadens- oder Störfall in diesem Atomkraftwerk könnte erhebliche Auswirkungen auch für die Erlangerinnen und Erlanger haben. Die Ereignisse in Fukushima haben auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene Bestrebungen ausgelöst, zügig und konsequent aus dieser Energieform auszusteigen. Die Stadt Erlangen wird mit der vom Agenda 21-Beirat vorgeschlagenen und vom Stadtrat zu beschließenden „Energiewende Erlangen“ den Weg dafür mit bereiten.

Ziel der Resolution ist es, im Rahmen des erforderlichen Gesamtkonzepts die schnellstmögliche und dauerhafte Abschaltung des Atomkraftwerks Grafenrheinfeld zu erreichen.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Der Stadtrat der Stadt Schweinfurt hat Ende März eine Resolution zum Abschalten des Atomkraftwerks Grafenrheinfeld verabschiedet, die im Wesentlichen dem vorliegenden Antrag entspricht. Weiter hat die Stadt Ingolstadt eine Resolution zum schnellstmöglichen und dauerhaften Abschalten des Atomkraftwerks Isar I beschlossen.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Anlagen: Fraktionsantrag SPD-Fraktion und GRÜNE Liste vom 12.04.2011

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang



**SPD Fraktion
im Stadtrat
Erlangen**

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Geschäftsstelle im Rathaus
1. Stock, Zimmer 105 und 105a
Telefon 0 91 31 / 86 22 25
Telefax 0 91 31 / 86 21 81
e-mail sod@erlangen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathausplatz 1
91052 Erlangen



Stadtratsfraktion

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Zimmer 130

Büro: Mo 10-12, 14-18 Di 10-12 Do 12-14
tel 09131/862781 fax 09131/861681
e-mail: gruene-liste@erlangen.de
<http://www.gl-erlangen.de>

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 12.04.2011
Antragsnr.: 037/2011
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: III/Fr. Wüstner
mit Referat:

Erlangen, den 12.04.2011

Antrag:

Resolution zum Abschalten des AKW Grafenrheinfeld

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir beantragen:

- Der Stadtrat der Stadt Erlangen fordert die Bundesregierung und die Bayerische Staatsregierung auf, die schnellstmögliche und dauerhafte Abschaltung des Atomkraftwerkes Grafenrheinfeld in die Wege zu leiten.
- Der Stadtrat fordert den Bayerischen Städtetag auf, die Interessen der vom Betrieb des Atomkraftwerkes Grafenrheinfeld bedrohten Stadt Erlangen gegenüber dem Bayerischen Landtag, der Bayerischen Staatsregierung und über den Deutschen Städtetag auch gegenüber dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung zur Geltung zu bringen.
- Der Stadtrat fordert auch die mittelfränkischen Abgeordneten des Bundestages und des Landtages auf, diese Resolution unterstützen. Er fordert die mittelfränkischen Europaabgeordneten auf, im gleichen Sinne für eine Abschaltung aller Atomkraftwerke der EU-Mitgliedsstaaten einzutreten.

Begründung:

Das AKW Grafenrheinfeld gehört mit seiner Inbetriebnahme im Jahre 1981 zu den älteren in Deutschland, ist gegen Flugzeugabstürze und terroristische Anschläge nicht gesichert und bis in die jüngste Vergangenheit wiederholt durch Störanfälligkeit und militärische Übungsflüge in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt!

Die Bundesregierung hat ein dreimonatiges Moratorium verkündet, um alle deutschen Atomkraftwerke auf Mängel in ihrer Sicherheitsauslegung zu überprüfen. Die erwarteten Erkenntnisse sollen in atomrechtliche Anordnungen oder in neue gesetzliche Sicherheitsbestimmungen münden.

Wir sind der Auffassung, dass schon heute Erkenntnisse vorliegen, die eine Abschaltung des Atomkraftwerkes Grafenrheinfeld zur Folge haben müssten. Um diese Sicht rechtzeitig in den bevorstehenden Entscheidungsprozess einzubringen, ist eine sofortige Stellungnahme des Stadtrates erforderlich.

Begründung der Zulässigkeit:

Den bayerischen Gemeinden gibt Art. 11 Abs. 2 Satz 2 der Bayerischen Verfassung das Recht, ihre eigenen Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze selbst zu ordnen. Dazu gehört auch das Recht, sich im Rahmen von Verfahren zu äußern, in denen sie selbst nicht für Entscheidungen zuständig sind, die sich jedoch auf ihren verfassungsrechtlich garantierten Tätigkeitsbereich oder sich sogar auf ihre Existenz auswirken können, wie dies beim Betrieb des Atomkraftwerkes Grafenrheinfeld der Fall ist.

Wir sind der Auffassung, dass dem Erlanger Stadtrat das Recht zusteht, sich zu einem Verfahren zu äußern, das einen Sachverhalt regelt, durch den Erlangen in seiner Existenz bedroht sein könnte.

Die Ereignisse in Japan haben nicht nur in der Bevölkerung das Bewusstsein für die massive Gefährdung des menschlichen Lebens durch den Betrieb von Atomkraftwerken geschärft. Auch die Bundesregierung hält die Überprüfung der Sicherheitsstruktur aller deutschen Atomkraftwerke für erforderlich und hat deshalb mit einem dreimonatigen Moratorium den Vollzug des erst vor kurzem beschlossenen Laufzeitverlängerungsgesetzes ausgesetzt.

Wir sind der Auffassung, dass das Atomkraftwerk Grafenrheinfeld nicht die Voraussetzungen für einen gefähderungsfreien Betrieb erfüllt. Die Grundlagen dieser Erkenntnis sind nicht neu:

Jeder Mensch macht Fehler.

Auch das Bedienpersonal des Atomkraftwerkes Grafenrheinfeld ist davon nicht frei. Bis heute sind über 200 meldepflichtige Vorfälle eingetreten.

Je älter die Technik, desto störanfälliger ist sie.

Die Konstruktion des Atomkraftwerkes Grafenrheinfeld beruht auf den technischen Erkenntnissen der 60er und 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts. Ein ebenso altes Kraftfahrzeug bekommt ein Oldtimer-Kennzeichen und ihm werden technische Mängel als selbstverständlich nachgesehen. Jedenfalls entspricht eine ältere Technik nicht mehr den heutigen Erwartungen und Anforderungen. Auch aus dem Atomkraftwerk Grafenrheinfeld wurde schon der Ausfall von Notstromgeneratoren bekannt.

Die Auslegungskriterien sind veraltet und überholt.

Sie entsprechen im Wesentlichen dem Wissensstand des Jahres 1970. Interne technische Nachrüstungen können grundlegende Konstruktionsmängel nicht beheben. Hingewiesen sei auf Erkenntnisse aus Störfällen bei anderen Anlagen, auf die zwischenzeitliche revolutionäre Entwicklung der Datenverarbeitung und der Datenkommunikation, auf die zum Konstruktionszeitpunkt nicht erkannte Terrorgefährdung, auf die damals nicht bedachte Entwicklung des Flugverkehrs und der Flugzeugtypen und auf die Zunahme der Stürme und Überschwemmungen im Zuge der Klimaveränderung und die daraus resultierende stärkere Gefahr einer

zusammenbrechenden Stromversorgung, wie sie auch in Deutschland schon eingetreten ist.

Dazu kommen die Gefährdungserhöhungen aus dem nach Betriebsbeginn

genehmigten Einsatz von Plutonium-Brennelementen (MOX) und aus der Errichtung eines unzureichend gesicherten Zwischenlagers für abgenutzte Brennelemente. Für diese und andere Sachverhalte ist das Atomkraftwerk Grafenrheinfeld nicht hinreichend ausgelegt.

Die aus diesen Erkenntnissen zu ziehenden Schlussfolgerungen liegen für uns auf der Hand:

- Als Folge kleinster technischer Mängel oder unbedachter Fehlbedienung oder der nicht vorhergesehenen Verkettung kleinster Ursachen kann die Kühlung des Reaktorkerns beeinträchtigt werden oder ganz ausfallen.
- Als Folge des Ausfalls der Reaktorkühlung kann es zu einem Störfall kommen, in dessen Verlauf auch Gebiete des Erlanger Stadtgebietes und ihre BewohnerInnen verstrahlt werden.
- Auch wenn die Wahrscheinlichkeit einer solchen Katastrophe rechnerisch gering sein mag, so können doch die Auswirkungen bei ihrem Eintritt so verheerend sein.
- Dieses jederzeit mögliche Schadensausmaß verbietet es im Interesse der hier lebenden Menschen, das Risiko eines Schadenseintritts einzugehen. Das Atomkraftwerk Grafenrheinfeld muss nach dieser Logik zeitnah abgeschaltet werden.

Diese Schlussfolgerung müsste aus Achtung vor dem menschlichen Leben selbst dann gelten, wenn dadurch die Stromversorgung verteuert würde. Tatsächlich aber wird in Deutschland bis zu 30% mehr Strom produziert als verbraucht, so dass ein Abschalten des Atomkraftwerks Grafenrheinfeld problemlos möglich ist.

Der Schweinfurter Stadtrat hat eine solche Resolution bereits in seiner Sitzung am 29.03.2011 einstimmig beschlossen.

Mit freundlichen Grüßen

für die SPD-Fraktion:

Dr. Florian Janik
Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion

für die Grüne Liste-Fraktion:

Harald Bußmann
Umweltpolitischer Sprecher der Grünen Liste



f.d.R. Saskia Coerlin



f.d.R.

Wolfgang

Most

Kernkraftwerke in Bayern in Betrieb

Bezeichnung	Betreiber	Bruttoleistung in MW	Nettoleistung in MW	Energieerzeugung bis 2010 in TWh	Reststrommenge ab Februar 2011 in TWh	Reststrommenge ab Februar 2011 in TWh mit Laufzeitverlängerung	Baubeginn	Kommerzieller Betriebsbeginn	Außer Betrieb (Atomgesetz 2002)	Außer Betrieb (Laufzeitverlängerung 2010)	Typ	Mittlere Kraftwerksverfügbarkeit über Betriebszeitraum
Isar/Ohu2	E.ON	1.485	1.410	244,9	103,773	240,477	15.09.1982	09.04.1988	2021	2034	DWR	91,9 %
GundremmingenC	RWE	1.344	1.288	237,5	57,558	184,496	20.07.1976	18.01.1985	2018	2030	SWR	86,4 %
GundremmingenB	RWE	1.344	1.284	246,1	49,264	175,023	20.07.1976	19.07.1984	2017	2030	SWR	89,7 %
Grafenrheinfeld	E.ON	1.345	1.275	273,4	40,933	176,550	01.01.1975	17.06.1982	2015	2028	DWR	88,4 %
Isar/Ohu1	E.ON	912	878	196,7	2,932	57,916	01.05.1972	21.03.1979	2012	2019	SWR	83,2 %

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
VI/61/T. 1335

Verantwortliche/r:
Abteilung Stadtplanung

Vorlagennummer:
611/087/2011

Fraktionsantrag der SPD Nr. 058/2011 gem. § 28 GeschO vom 24.05.2011 zum TOP 32 der Stadtratsunterlage vom 26.05.2011

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	26.05.2011	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Der in der UVPA-Sitzung am 17.05.2011 begutachtete Sachbericht der Verwaltung wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der SPD-Fraktionsantrag Nr. 058/2011 ist hiermit bearbeitet.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Auf den Sachbericht von Amt 61 zum TOP 32 der Stadtratssitzung am 26.05.2011 wird verwiesen. Neue und anderslautende Erkenntnisse liegen hierzu nicht vor.

Die im SPD-Fraktionsantrag angedachte Einbeziehung der öffentlichen Grün- und Spielfläche in die erweiterte Kindereinrichtung und der damit verbundene Entfall einer Durchwegung westlich des Quartiersplatzes kann nach Ortsbesichtigung von Amt 61 nicht nachvollzogen werden.

Städtebaulich ist diese Wegebeziehung für die Anwohner weiterhin wünschenswert. Es sollte auch möglich sein, dass die Nutzer der Kindertagesstätte diesen Weg, der nur in Ausnahmefällen motorisiert befahren wird, wie bisher queren.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Anlagen:

Anlage 1: SPD-Fraktionsantrag Nr. 058/2011 vom 24.05.2011

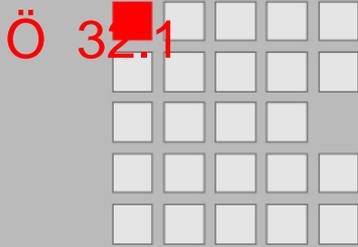
Anlage 2: Foto Erschließungsweg zwischen „Flohkiste“ und Quartiersplatz

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang



Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 24.05.2011

Antragsnr.: 058/2011

Verteiler: OBM, BM, Fraktionen

**Zust. Referat: VI/61/Fr. Willmann-Hohamann
mit Referat:**

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathaus

91052 Erlangen

Rathausplatz 1

91052 Erlangen

Geschäftsstelle im Rathaus,
1. Stock, Zimmer 105 und 105a

Telefon 09131 862225

Telefax 09131 862181

e-Mail spd@erlangen.de

www.spd-fraktion-erlangen.de

Antrag zum TOP 32 der Stadtratsunterlage vom 26.05.11

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Im Rahmen der Sanierung des Kindergartens Flohkiste soll die Einrichtung um mindestens zwei Krippengruppen erweitert werden. Die anliegende öffentliche Grün- und Spielfläche soll in die entstehende Einrichtung einbezogen werden, damit eine für Kindertagesstätten benötigte Außen- bzw. Spielfläche geschaffen werden kann.

Die Verwaltung wird beauftragt, die planungsrechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Florian Janik
Fraktionsvorsitzender

Birgit Hartwig
Sprecherin für Familie,
Jugend und Freizeit

Ursula Lanig
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Norbert Schulz
Stadtrat

f.d.R. Saskia Coerlin
Geschäftsführerin der SPD-Fraktion

Datum

24.05.2011

AnsprechpartnerIn

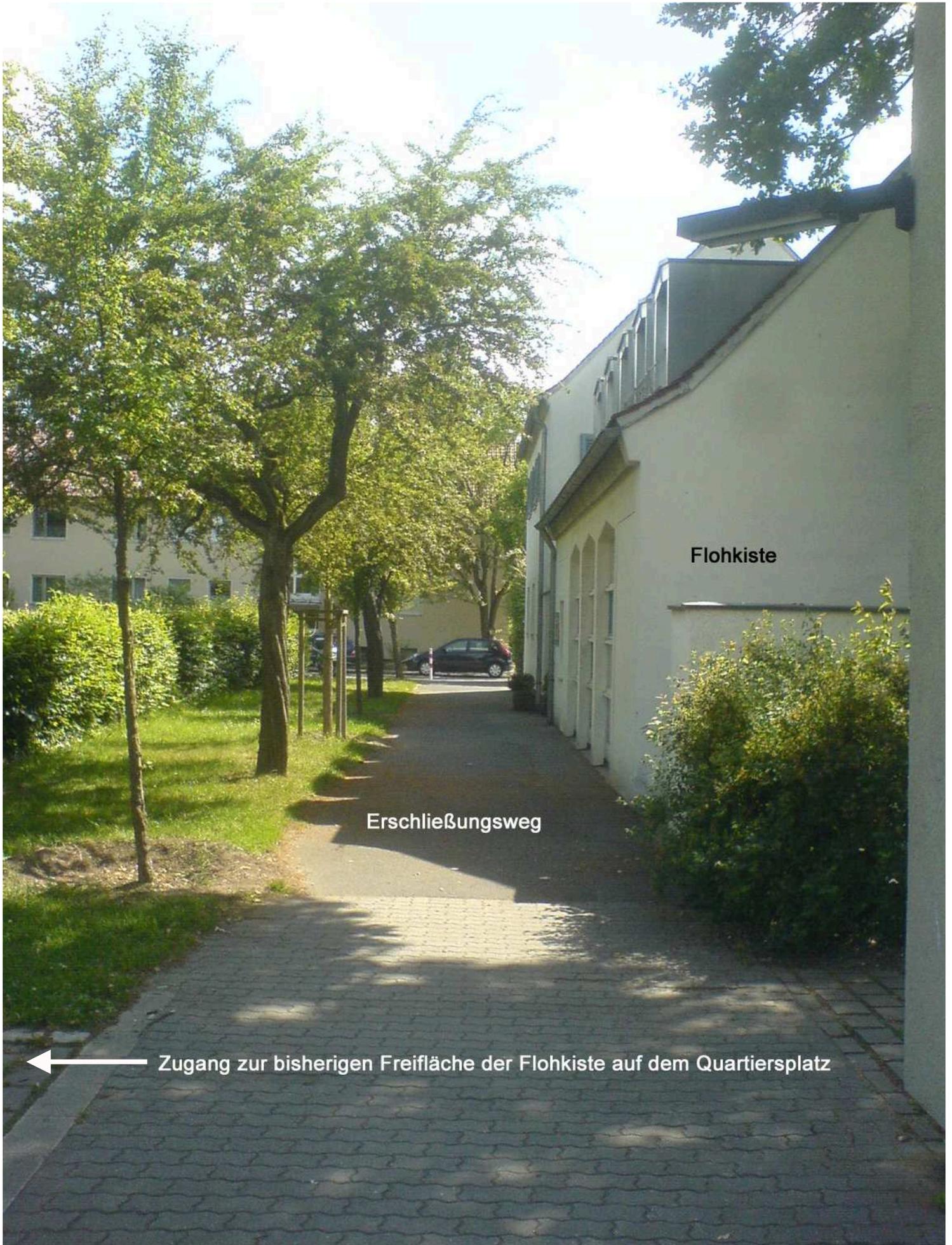
Saskia Coerlin

Durchwahl

09131 862225

Seite

1 von 1



Erschließungsweg

Flohkiste

← Zugang zur bisherigen Freifläche der Flohkiste auf dem Quartiersplatz

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
I/40 T. 2605

Verantwortliche/r:
Frau Mahns

Vorlagennummer:
40/079/2011

Bildung einer 5. Eingangsklasse am städtischen Marie-Therese-Gymnasium; Dringlichkeitsantrag der Stadtratsfraktion Grüne Liste Nr. 053/2011 vom 18.5.2011

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	26.05.2011	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

Schulleitung des MTG, Amt 11

I. Antrag

Der Bildung einer 5. Eingangsklasse am städtischen Marie-Therese-Gymnasium zum Schuljahr 2011/2012 wird zugestimmt.

Der Dringlichkeitsantrag der Stadtratsfraktion Grüne Liste Nr. 053/2011 vom 18.5.2011 ist damit erledigt.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit dem Beschluss des Schulausschusses vom 13.12.2007 wurde festgelegt, dass das Marie-Therese-Gymnasium beginnend mit dem Schuljahr 2008/2009 bis zum Schuljahr 2010/2011 maximal vier Eingangsklassen bilden darf. Wäre diese Kontingentierung zum damaligen Zeitpunkt nicht erfolgt, hätte die Stadt Erlangen als Sachaufwandsträger in zusätzliche Unterrichtsräume investieren müssen. Zudem konnte eine Versorgung mit dem notwendigen Lehrpersonal nicht garantiert werden.

Die Schulleitung beantragt mit Schreiben vom 12.5.2011, zum kommenden Schuljahr wieder die Bildung einer 5. Eingangsklasse zuzulassen. Es liegen 132 Anmeldungen vor. Da die Schule mit Wiederholern bzw. Zuzügen rechnen muss, ist die Teilungsgrenze erreicht und es können fünf Klassen gebildet werden.

Mit dem Wegfall der 13. Jahrgangsstufe zum kommenden Schuljahr (Wegfall G 9) lässt die räumliche Situation die Bildung einer fünften Eingangsklasse wieder zu. Das notwendige Lehrpersonal kann mit den bestehenden Kontingenten abgesichert werden. Mit den ausgeschriebenen vier Planstellen, die unabhängig von einer 5. Eingangsklasse notwendig sind, wird der Lehrbedarf sichergestellt.

Das Personalamt gibt in seiner Stellungnahme zum Lehrbedarf eine positive Einschätzung ab. Da mit der Bildung einer 5. Jahrgangsklasse keine neue Stellenbesetzung verbunden ist und 40M über viele befristete Lehrkräfte verfügt, die eine flexiblere Steuerung auf Stundenbedarfe ermöglichen, bestehen von Seiten Amt 11 keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Bildung von fünf Eingangsklassen.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die Beschlussfassung im Stadtrat ist bereits im Mai notwendig, um die Eltern der angemeldeten Schüler rechtzeitig informieren zu können, dass die Schule ihre Kinder aufnehmen kann.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die Schule wird die Eltern entsprechend benachrichtigen.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	22.300 €	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Nach Angabe der Schulleitung kann mit zusätzlichen 17 Lehrerwochenstunden für die 5. Eingangsklasse gerechnet werden. Dies entspricht nach Angabe des Personalamtes jährlichen Personalkosten von rund 22.300 €

Auf die Anlage 5 wird verwiesen!

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
 sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
 sind im Personalkostenbudget des Marie-Therese-Gymnasiums vorhanden

- Anlagen:**
1. Antrag der Schulleitung vom 12.5.2011
 2. Stellungnahme der Schulleitung vom 23.5.2011
 3. Dringlichkeitsantrag der Stadtratsfraktion Grüne Liste Nr. 053/2011 vom 18.5.2011
 4. Protokollvermerk aus der Sitzung des Schulausschusses am 19.5.2011
 5. Übersicht über den Bedarf an Lehrerwochenstunden bei Einrichtung von fünf Eingangsklassen am MTG (Schuljahr 2011/12)

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang



Antrag auf Anwendung des Teilerschlüssels bei der Bildung von Eingangsklassen im Schuljahr 2011/2012

Mit Stand vom 12.05. verzeichnet das MTG 132 Anmeldungen, davon 2 mit Probeunterricht. Eine weitere ist für heute angekündigt (mit PU – Montessori, diese Kinder bestehen immer!) insgesamt voraussichtlich bei Anmeldeschluss also 133.

Unter Berücksichtigung der Zählung der Teilnehmer am PU wird das MTG dann 131,5 Schüler haben und hat damit die Teilungsgrenze erreicht.

Die Bildung von 5 Eingangsklassen erscheint aus folgenden Gründen angebracht:

1. Wir wissen, dass noch mindestens eine weitere Anmeldung durch Zuzug hinzukommt (damit ist in der SIEMENS-Stadt immer zu rechnen) und auch Kapazität für Wiederholer aus den gegenwärtigen 5. Klassen bleiben muss. Die Erfahrung belegt diese Annahme.
2. Die 5. Klasse ist „Gelenkklasse“, d.h., den Schülerinnen und Schülern sollen besondere Fördermaßnahmen zugute kommen, um evtl. Korrekturen in der Schullaufbahn frühzeitig vorzunehmen. Wären 33 bis 34 Schülerinnen und Schüler in der Klasse, könnte man dieser Förderung kaum Rechnung tragen.
3. Im Gegensatz zu staatlichen Gymnasien erhält das MTG keine Abordnung durch Grundschullehrkräfte (außerhalb des Budgets) in die Gelenkklassen.
4. Die Sprachenwahl wurde so vollzogen, dass 2 Englisch- und 3 Lateinklassen gebildet werden könnten. Eine gemischte Sprachenklasse wäre für die Kinder bzgl. der gleichmäßigen Terminierung der Leistungserhebungen und der Raumwechsel mit Schwierigkeiten verbunden, was auch Klassenelternsprecher in der Vergangenheit monierten.
5. Mit dem Ziel, in den oberen Klassen wenig Förderbedarf (und damit LWS) zu evozieren, haben wir Förderkonzepte entwickelt, die in der Unterstufe den Schwerpunkt setzen. Um alle Kinder beim Einstieg in das Gymnasium und dem Erlernen der 2 Fremdsprachen zu unterstützen, sodass wir vor Eintritt in die Mittelstufe ein vergleichbares gymnasiales Leistungsniveau für alle Schüler vorfinden, sind überschaubare Lerngruppen unabdingbar.
6. Der Wegfall eines kompletten Jahrgangs führt zu einer **entspannten Raumsituation**.
7. Trotz jährlicher Meldung erhält das MTG im Gegensatz zu den staatlichen Gymnasien keine Erhöhung der LWS für die Behinderten und Autisten. Als offenes Gymnasium hat sich die Schule immer schon der Inklusion gewidmet und betreut und fördert behinderte Schüler und Schülerinnen oder Autisten.
8. Das MTG sieht die steigende Schülerzahl nicht nur als Bestätigung der guten Arbeit seiner Lehrkräfte, der Schulleitung und der Ganztagesbetreuung, sondern auch als Ausdruck des Vertrauens Erlanger Bürgerinnen und Bürger im Bereich der „Bildungsoffensive“. Der für die Dauer des G9 geltende Kontingierungsbeschluss ist den Stadträten damals nicht leicht gefallen. Über unsere zur Wiederbesetzung ausgeschiedener Lehrkräfte bereits ausgeschriebenen Planstellen hinaus käme durch die Bildung einer 5. Eingangsklasse **keine neue Stellenanforderung** hinzu.

Gez.12.05.2011 Strübing



Finanzielle Gesichtspunkte bei der Bildung von 5 Eingangsklassen im Schuljahr 2011/2012

1. Im Unterschied zum SJ 2007/2008 führt die Bildung der 5. Eingangsklasse zu keiner zusätzlichen Planstellenforderung, denn der Bedarf an Lehrkräften kann aus dem vorhandenen Personal, genauer gesagt aus dem Anteil der Stunden, die in den Fachbereichen durch Personen tatsächlich unterrichtet werden, gedeckt werden. Dies wird Auswirkungen auf das Wahlunterrichtsangebot haben.
2. Eine zusätzliche Klasse schöpft einem Fachbereich maximal 6 Stunden (Kernfächer) ab. Dieser Bedarf ist bis auf den Fachbereich Latein gedeckt. Der Bedarf an Latein wird aber nicht durch eine zusätzliche 5. Klasse notwendig, denn die Anmeldezahlen liegen so, dass so oder so 3 Lateinsprachgruppen gebildet werden müssen.
3. Unabhängig von der Bildung einer weiteren Klasse sind auf Grund der Anmeldungen für Latein und Englisch auch bei 4 Eingangsklassen 5 Sprachgruppen notwendig.
4. Das durch den Auslauf des G9 bedingte Einsparungspotenzial im Personalbedarf - vollzogen durch Ruhestandsversetzungen in der Zukunft sowie in der Vergangenheit - wurde bei den jüngsten Stellenanforderungen bereits achtsam eingeplant. Alle diesbezüglichen Berechnungen sind stets von der Bildung von nur 4 Eingangsklassen ausgegangen.
5. Die Notwendigkeit der Wiederbesetzung von Ruhestandsversetzungen ist jedoch grundsätzlich aus 3 Gründen schwer vorausschaubar. Sie ist abhängig von:
 - a) Dem Wahlverhalten der Schüler für die 8. Klassen (Ausbildungsrichtung naturwissenschaftlich/technologisch oder sprachlich, z.B. wie viele Schüler wählen die dritte Fremdsprache) und für die Oberstufe (Abitur, Wahlpflichtbereich, z.B. welches 3. Abiturfach wählt man, wie viele Schüler wählen Biophysik oder Theater als weiteres Fach aus dem Wahlpflichtbereich; welche Seminarfächer werden angeboten...)
 - b) Dem Mangel in einem Fach aufgrund der Fächerwahl der Schüler, der Altersstruktur in einem Fachbereich wegen der Altersermäßigung oder neu hinzukommender Teildienstunfähigkeiten
 - c) Der jeweiligen Funktion, die der Ausscheidende besetzt hatte. Die Funktion hat Auswirkungen auf die Unterrichtsverpflichtung Auswirkung (z.B. Leitungszeit des Ständigen Stellvertreters im Direktorat) und dadurch stehen der Fachschaft weniger tatsächliche Unterrichtsstunden zur Verfügung

Gez.23.05.2011 Strübing

Ö 34.1 **Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO**

Eingang: 18.05.2011
Antragsnr.: 053/2011
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: I/40/Fr. Mahns
mit Referat:



Stadtratsfraktion

Grüne Liste Rathausplatz 1 91052 Erlangen

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathausplatz 1
91052 Erlangen

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Zimmer 130

tel 09131/862781 fax 09131/861681
e-mail: gruene-liste@erlangen.de
<http://www.gl-erlangen.de>

Bürozeiten:
Mo 10-12, 14-18 Di, Mi 10-12 Do 10-14

Erlangen, den 18.05.2011

**Dringlichkeitsantrag zum Schulausschuss am 19.05.2011:
Fünfte Eingangsklasse am MTG**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

132 Kinder wurde für die 5. Klassen am MTG angemeldet, so der Elternbeiratsvorsitzende in einer Mail an die Fraktionen (folgt im Anhang). „Die Zahl ist ein großes Lob für die Schule“, fährt Herr Dr. Reiländer fort – problematisch ist jedoch, dass sich daraus eine Klassenstärke von 33 SchülerInnen ergeben werde. Nach Informationen des Elternbeirats sei es möglich, statt vier auch fünf Eingangsklassen zu bilden.

Wir beantragen:

dieses Thema im nächsten Schulausschuss auf die Tagesordnung zu setzen und aufzuzeigen, wie und unter welchen Bedingungen eine weitere Klasse eingerichtet werden kann, um die Klassenstärken deutlich zu reduzieren.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Pierrette Herzberger-Fofana

F.d.R.: Wolfgang Most

Mail von Herrn Dr. Werner Reiländer:

Sehr geehrte Frau Lender-Cassens,

ich schreibe Ihnen in meiner Funktion als Vorsitzender des Elternbeirates des MTG. Der Elternbeirat des MTG hat mit großer Freude die neuen Anmeldezahlen für die 5. Klassen mit 132 Kindern aufgenommen. Diese Zahl ist natürlich ein großes Lob für die ganze Schule, da sich doch die gute pädagogische Arbeit, die hier von der ganzen Schulfamilie geleistet wird, in Erlangen samt Umfeld herumspricht.

Problematisch erscheint uns allerdings, dass nach den Regeln der Klassenbildungen die, ob der pädagogischen Qualität, ans MTG gemeldeten Kinder, jetzt in Klassen mit 33 Schülern und Schülerinnen lernen sollen. Dies ist, wenn kostenneutrale Alternativen zur Verfügung stehen, sicher nicht sinnvoll.

Nach unseren Informationen ist es möglich, statt 4 Klassen auch 5 Eingangsklassen zu bilden. Die Räumlichkeiten sind vorhanden. Das vorhandene Lehrerkontingent ist ausreichend und müsste nicht aufgestockt werden.

Abgesehen von den vielen sonstigen Argumenten, wie z.B. die Besonderheiten der Gelenkklassen mit ihrem Förderbedarf oder der Inklusion von behinderten Menschen, besteht aus unserer Sicht jetzt aktuell die hervorragende Chance, kostenneutral eine gutes Lernklima durch kleinere Klassen zu schaffen.

Die Stadt Erlangen schreibt sich zu Recht auf die Fahnen "Bildungsstadt" zu sein und machen "Bildungsoffensiven" mit großem öffentlichen Wirkungsgrad. Jetzt, in dieser Situation am MTG, können Sie im Schulausschuss sowie im Stadtrat mit einer weisen Entscheidung bestätigen, dass das Wohl der Kinder und deren Möglichkeiten für eine solide und tragfähige Schulausbildung, ihr ureigenstes Interesse ist.

Eine derartige Entscheidung zu Gunsten von 5 Eingangsklassen am städtischen Marie-Therese-Gymnasium wäre ein Vorzeigeobjekt mit entsprechender öffentlicher Tragweite und Resonanz.

Wir hoffen, dass Sie die Anregungen von uns Eltern des MTG ernst nehmen und sich für die Umsetzung des Vorschlages einsetzen werden. Wir würden uns sehr freuen, wenn die Stadt Erlangen hier ein Zeichen setzen könnte, dass von uns Eltern natürlich auch gerne entsprechend kommuniziert würde.

Wenn Sie Gesprächsbedarf erkennen, stehe ich Ihnen selbstverständlich gerne auch zu einem persönlichen Gespräch /Telefonat zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß

Dr. Werner Reiländer

Dringlichkeitsantrag der grünen Liste: Fünfte Eingangsklasse am MTG

**I. Protokollvermerk aus der 4. Sitzung des Schulausschusses
Tagesordnungspunkt 11 - öffentlich -**

Protokollvermerk:

Die Dringlichkeit des Antrages wird im Schulausschuss einstimmig bestätigt.

Frau Gröger vom MTG berichtet, dass aufgrund des Wegfalls der 13. Klasse im Rahmen des G 8 bei Nichteinrichtung einer fünften Eingangsklasse ein Luxusangebot an Wahlpflichtfächern angeboten werden kann.

Seitens des MTG wird daher die Einrichtung einer fünften Eingangsklasse für sinnvoller erachtet. Die Klassenstärke der fünften Klasse beliefe sich dann auf durchschnittlich 25 Kinder je 5 Klasse.

Frau Stadträtin Pfister bittet darum, grundsätzlich auch die Kosten für die Wiederbesetzung in die Betrachtungen einbezogen werden. Außerdem bittet sie um Informationen über die Möglichkeit eines Schülersausgleiches zwischen städt. und staatlichen Gymnasien im Falle von sinkenden Schülerzahlen.

Herr Lohwasser sagt zu, dass über dieses Thema in einer Herbstsitzung des Schulausschusses diskutiert werden soll.

Frau Stadträtin Graichen weist darauf hin, dass auch die Auswirkungen einer weiteren Eingangsklasse auf das Raumprogramm der Schule berücksichtigt werden müssen.

Da die finanziellen Auswirkungen bei Einrichtung einer fünften Eingangsklasse in der Kürze der Zeit nicht durch das Personalamt ermittelt werden konnte, beschließt der Schulausschuss einstimmig, dass die Behandlung des Dringlichkeitsantrages in den Stadtrat am 26.05.2011 verwiesen werden soll.

- II. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift.
- III. **Kopie an Amt 40** zum Weiteren.
- IV. **13/ Herr Friedel** zum Weiteren

Vorsitzende/r:

Gez.

.....

Lohwasser

Schriftführer/in:

Gez.

.....

Bayer

Übersicht über den Bedarf an Lehrerwochenstunden bei Einrichtung von 5 Eingangsklassen am MTG (Schuljahr 2011/12)

Latein/Englisch	Anzahl der Sprachgruppen bei 4 und 5 Eingangsklassen gleich. (Latein: 75 Anmeldungen, Englisch: 57 Anmeldungen) Kein zusätzlicher Stundenbedarf!
Sport	Wird nicht klassenweise, sondern jahrgangsstufenweise organisiert, deshalb ist die Anzahl der Gruppen nur von der Anzahl der Schüler/innen abhängig, nicht von der Klassenzahl Kein zusätzlicher Stundenbedarf!
Religion/Ethik	Wird nicht klassenweise, sondern jahrgangsstufenweise organisiert, deshalb ist die Anzahl der Gruppen nur von der Anzahl der Schüler/innen abhängig, nicht von der Klassenzahl Kein zusätzlicher Stundenbedarf!
Intensivierung	Wird flexibel jahrgangsstufenweise organisiert, deshalb ist die Anzahl der Gruppen nur von der Anzahl der Schüler/innen abhängig, nicht von der Klassenzahl Kein zusätzlicher Stundenbedarf!
Deutsch	5 Stunden
Mathematik	4 Stunden
Biologie	2 Stunden
Natur und Technik	2 Stunden
Erdkunde	2 Stunden
Musik	2 Stunden
Gesamtzahl:	<hr/> 17 Lehrerwochenstunden (von insgesamt 32 Wochenstunden einer 5. Klasse)

Diese 17 Stunden können vollständig von den bereits am MTG beschäftigten Lehrkräften abgedeckt werden.

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
VI/24/242-3/TJA-2945

Verantwortliche/r:
Herr Johannes Tuczek

Vorlagennummer:
242/130/2011

Ganztagsschule - Einbau einer Mensa in der Grund- und Mittelschule Büchenbach Nord (Mönauschule)

Änderungsplanung nach 9.1 DABau

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Schulausschuss	19.05.2011	Ö	Gutachten	verwiesen
Stadtrat	26.05.2011	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

Ref. I, Amt 40

I. Antrag

A) Die Planung der Mensa Mönauschule soll so wie am 11.11.2010 im Schulausschuss begutachtet und am 30.11.2010 im Bau- und Werksausschuss beschlossen, umgesetzt werden. Bei Bedarf kann durch Raumoptimierung ein zusätzliches Klassenzimmer mit Gruppenraum geschaffen werden.

B) Die Planung der Mensa Mönauschule soll wie von der Leitung der Mittelschule vorgeschlagen und in der Begründung beschrieben, geändert werden. Die Mehrkosten in Höhe von 150.000 € sollen von der Verwaltung zum Haushaltsjahr 2012 angemeldet werden.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Sicherstellung der Mittagsversorgung bei Gewährleistung des Betriebs der Ganztagschule (ausreichende Räumlichkeiten)

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Auf das Gutachten vom 11.11.2010 im Schulausschuss und den Beschluss vom 30.11.2010 im Bau- und Werksausschuss wird verwiesen. Auf Initiative der Schulleitung der Mittelschule soll die beschlossene Entwurfsvariante für den Einbau der Mensa geändert werden, da nun befürchtet wird, dass für den Ganztagschulbetrieb nicht mehr genügende Räumlichkeiten zur Verfügung stehen. Die Verwaltung stellt die 2 Varianten wie folgt gegenüber:

A) beschlossene Variante

Einbau der Mensa in 2 Klassenräume in der Südwestecke des Mittelschultraktes.

Für den Schulbetrieb (10 Mittelschulklassen) verbleiben 10 Klassenzimmer, 2 Gruppenräume sowie die jetzige provisorische Küche mit einer Fläche von 55 m² für den differenzierten Unterricht und Betreuung. Der bisherige Mehrzweck- und Medienraum mit 96 m² steht als zusätzlicher Lehrerstützpunkt zur Verfügung. 4 weitere Klassenräume der Hermann-Hedenus-Mittelschule können im Grundschultrakt bereitgestellt werden.

Die Raumnutzungen wurden mit den Schulleitungen, auch mit der neuen Schulleitung der Mönauschule im Konsens erarbeitet und abgestimmt.

Am 7.4.2011 wurde unter Leitung von Herr Lohwasser ein erneutes Abstimmungsgespräch zwischen Schulleitungen und Verwaltung geführt. Die Schulleitungen der Mönauschule und der Hermann-Hedenus-Schule wurden gebeten, für die Mittelschule noch ein Klassenzimmer im

Grundschultrakt, wie vereinbart, bereitzustellen. Bislang nutzt die Mittelschule drei der vier zu-
gesagten Klassenräume.

Sollte sich keine Einigung bzw. dennoch weiterer Bedarf an Klassen- oder Gruppenräumen er-
geben, schlägt die Verwaltung vor, das Lehrerzimmer der Mittelschule mit derzeit 96 m² in den
freiwerdenden Raum der derzeitigen, provisorischen Mittagsversorgung (55m²) zu verlegen,
um so Raum für ein zusätzliches Klassenzimmer mit Gruppenraum zu schaffen.

B) Änderungsvariante auf Initiative der Schulleitung Mittelschule

Einbau der Mensa in die Pausenhalle zwischen Mittelschultrakt und Turnhalle.

Vorteil: Mit dieser Variante kann ein zusätzlicher Gruppenraum geschaffen werden.

Nachteil: Die Pausenhalle verliert an Belichtung und Raumqualität. Des Weiteren bedingt diese
Variante Mehrkosten in Höhe von 150.000 € für konstruktive Mehraufwendungen (Rückbau
Eingangstüren und Neugründung Außenwand mit Fassade, Abmauerung für den Speisesaal
als Brandwand (überdacht) einschl. Fundamentierung, statischer Abfangung Bestand, u.a.)

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Nach Einschätzung der Verwaltung überwiegen die Nachteile die Vorteile, so dass die Umpla-
nung nach Variante B) nicht empfohlen werden kann. Zur Verbesserung der Raumsituation
wird auf den Vorschlag in der Variante A) verwiesen.

In die Variante A) wurden bis heute bereits Planungskosten i.H.v. 15.000 € investiert, des Wei-
teren eigene Personalkosten der Verwaltung, die beide bei Umplanung verloren wären.

Durch die Initiative der Schulleitung wurden die laufenden Planungsarbeiten (Werkplanung,
Ausschreibungen) an der Variante A) zu Zeitpunkt Anfang April gestoppt. Die Verzögerung bis
zur Entscheidung Mitte Juni führt dazu, dass der ursprüngliche Bauzeitenplan (Baubeginn
Sommerferien 2011) nicht mehr gehalten werden kann. Die Maßnahme verschiebt sich damit
um 1 Jahr, da auf das Baufenster in den Sommerferien nicht verzichtet werden kann. Die
Schulleitungen sind entsprechend informiert.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Zusatzkosten bei Variante B):

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	150.000 €	bei Sachkonto: 521112
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

Anlagen: Plan Variante A), Variante B)

III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Schulausschuss am 19.05.2011

Protokollvermerk:

Frau Stadträtin Pfister beantragt, dass die Beschlussfassung in den Stadtrat am 26.05.2011 verwiesen wird.

Der Antrag wird einstimmig mit 13:0 Stimmen angenommen

gez. Lohwasser
Vorsitzender

gez. Mahns
Berichterstattein

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

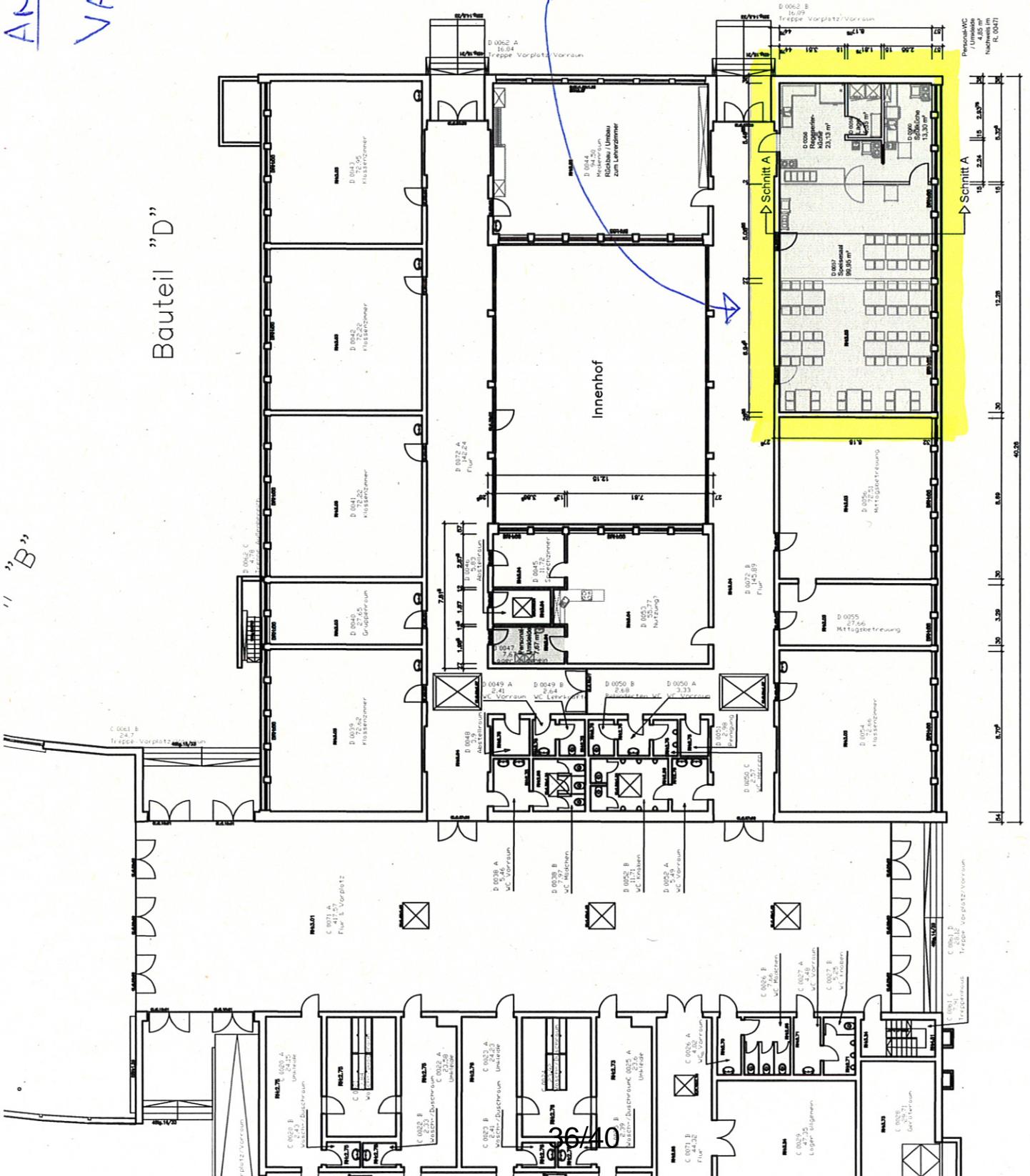
ANLAGE 1

VARIANTE (A)

Bauteil "D"

"B"

SPESISERAUM + KÜCHE



ANT	ABTL	GEPR	GEZ

DATUM	19.10.2010	MASSSTAB	1:200	PL.NR.

Mönchs- und Büchenschule Erlangen

Planung Mittagsbetreuung Erdgeschoss

Personal-WC / Umklekabine / Nachweis im R. 0047

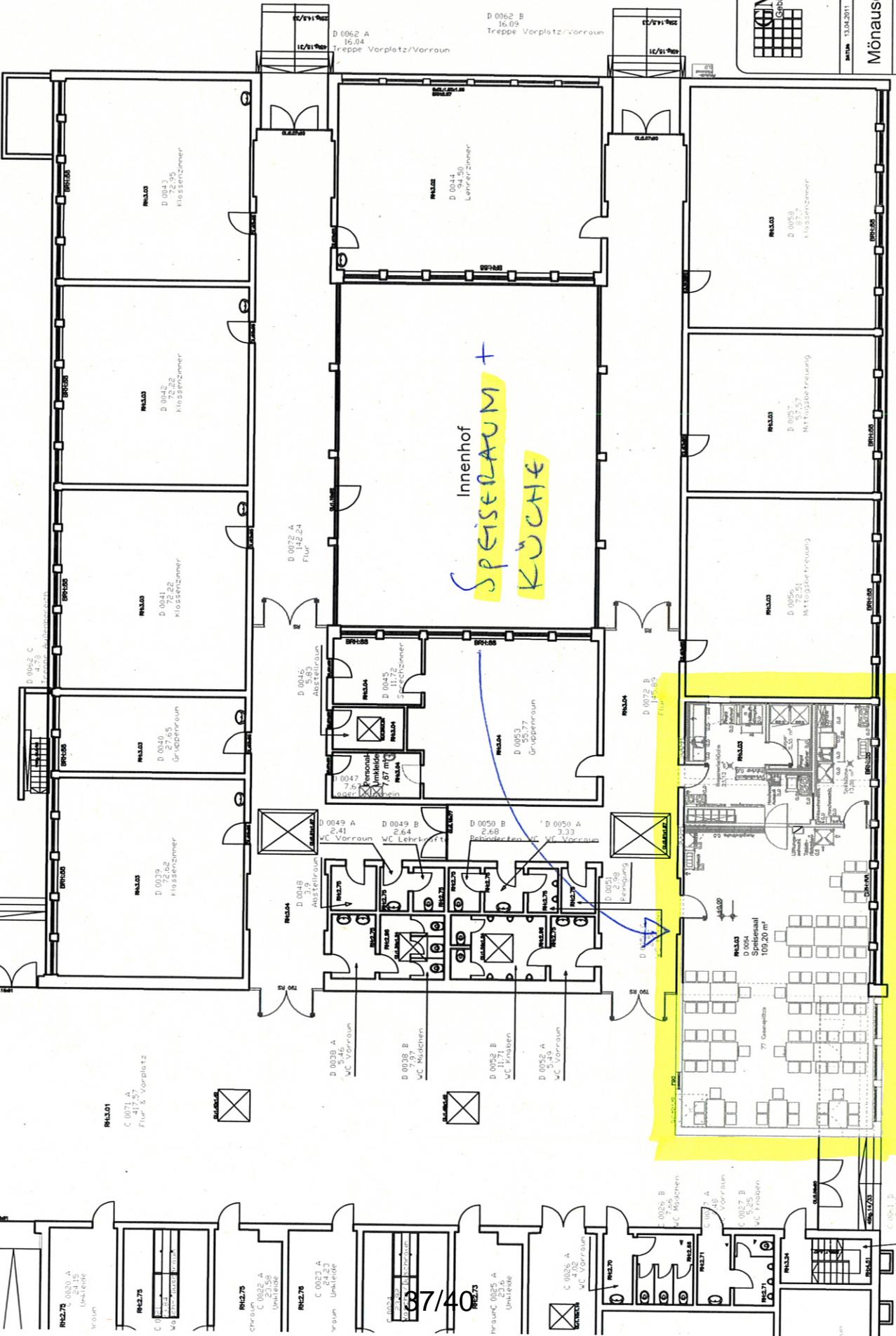
36/40

ANLAGE 2
VARIANTE

Ö 34.2

B

Bauteil "D"



Innenhof
SPEISERAUM +
KÜCHE



GEME Gebäudemanagement Stadt Erlangen		OW	AVL	GPB	BEZ
MITRAB 13.04.2011	MITRAB 1.08.11	PLAN			
Mönauschule Büchenbach					
Entwurf Mensa, Variante II					
Erdgeschoss					

87/40

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
VI/24/KWC-2500

Verantwortliche/r:
Herr Kirschner

Vorlagennummer:
24/030/2011

Beantwortung des Dringlichkeitsantrages der SPD-Fraktion vom 24.05.2011, Nr. 061/2011; Fassadengestaltung der Kinderkrippe Wasserturmstraße

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	26.05.2011	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Der Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion Nr. 061/2011 ist hiermit beantwortet.

II. Begründung

Im Bau- und Werkausschuss am 16.06.2011 wird die Planung ein weiteres Mal vorgestellt. Der Planung (incl. Fassadengestaltung) wurde mit dem DA-Bau Beschluss vom 09.11.2010 einstimmig zugestimmt.

Die Baugenehmigung liegt mit Genehmigungsbescheid vom 06.05.2011 vor.

Bei Umplanungen wäre eine Tektur zu der genehmigten Planung (Bauplanung und Tragwerksplanung) einzureichen und genehmigen zu lassen.

Die baulichen Verzögerungen und Auswirkungen auf die Baukosten sind erst zu beziffern, wenn eventuelle Änderungen konkret vorliegen und beschlossen sind.

Gemäß Bauzeitenplan ist die Fertigstellung vorgesehen für den 01.11.2012.

Terminliche Voraussetzung für eine Förderung ist die Inbetriebnahme im Jahr 2013.

Bei einer längeren Bauzeit ist ggf. eine verlängerte Container-Mietdauer (4.000,- €/ Monat) zu berücksichtigen.

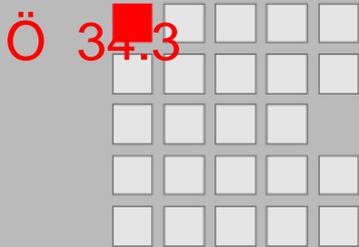
Anlage: Fraktionsantrag Nr. 061/2011

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang



Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 24.05.2011

Antragsnr.: 061/2011

Verteiler: OBM, BM, Fraktionen

Zust. Referat: VI/242/Hr. Kirschner

mit Referat:

**SPD Fraktion
im Stadtrat Erlangen**

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathaus

91052 Erlangen

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Geschäftsstelle im Rathaus,
1. Stock, Zimmer 105 und 105a
Telefon 09131 862225
Telefax 09131 862181
e-Mail spd@erlangen.de
www.spd-fraktion-erlangen.de

Dringlichkeitsantrag KiTa-Wasserturmstraße zum StR am 25.5.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im BWA wurde bereits mehrfach über die Außenansichten der neuen Kita an der Wasserturmstraße diskutiert. Dabei wurde deutlich, dass diese nicht gut genug an die bauliche Umgebung angepasst sind. Auch aus der interessierten Öffentlichkeit wurden diesbezügliche Bedenken an uns heran getragen.

Andererseits muss der notwendige Neubau der, durch zwei Krippengruppen erweiterten, Kita in einem zeitlich sehr engen Rahmen erstellt und bezogen werden. Das zugrunde liegende Raumprogramm fand allgemein Zustimmung, ebenso wurden Planung und, im letzten BWA am 10.5.2011, der Beginn der Baumaßnahmen beschlossen. Die Förderungszusagen der Regierung liegen vor. Für den nächsten BWA wurde durch die SPD eine Gegenüberstellung des ursprünglichen Plans mit den bisher schon erfolgten planerischen Veränderung der Außenansichten gefordert. Diese entsprechen allerdings immer noch nicht der im innerstädtischen Umfeld geforderten Qualität.

Wegen des sehr engen zeitlichen Rahmens beantragen wir zur Vorbereitung des nächsten BWA:

Die Verwaltung nimmt schriftlich Stellung, ob und gegebenenfalls welche Verzögerung durch eine modifizierende Planung von Dach- und Fensterformen zu befürchten ist.

Die Verwaltung legt eine dementsprechende schriftliche Stellungnahme der Regierung von Mittelfranken als Fördergeberin vor.

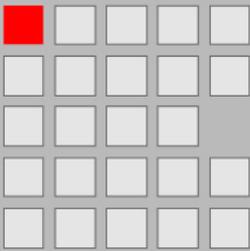
Da keine Änderungen am Raumprogramm oder entscheidenden Bauteilen beabsichtigt sind und es sich ausschließlich um eine Modifizierung der

Datum
24.05.2011

AnsprechpartnerIn
Saskia Coerlin

Durchwahl
09131 862225

Seite
1 von 2



Dach- und Fensterformen handelt, ist es nicht nachvollziehbar, dass dies nicht auch noch nach Baubeginn möglich sein soll, ohne den Zeitpunkt der Fertigstellung zu beeinflussen.

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Geschäftsstelle im Rathaus,
1. Stock, Zimmer 105 und 105a
Telefon 09131 862225
Telefax 09131 862181
e-Mail spd@erlangen.de
www.spd-fraktion-erlangen.de

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Florian Janik
Fraktionsvorsitzender

Ursula Lanig
Stellv. Fraktionsvorsitzende

Birgit Hartwig
Sprecherin für Jugend,
Familie und Freizeit

Robert Thaler
Sprecher für Bauen und Planen

Wolfgang Vogel
Stadtrat

Barbara Pfister
Stadträtin

f.d.R. Saskia Coerlin
Geschäftsführerin der SPD-Fraktion

Datum
24.05.2011

AnsprechpartnerIn
Saskia Coerlin

Durchwahl
09131 862225

Seite
2 von 2

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente	
Tischauflagen -öffentlich-	1
Vorlagendokumente	
TOP Ö 8.6 Haushaltskonsolidierung beim Bezirk Mittelfranken: aktuelle Pressemitteilung zur Kenntnis 13-2/122/2011	2
Pressemitteilung Haushaltskonsolidierung 13-2/122/2011	3
TOP Ö 10.1 Niederlegung des Stadtratsmandates durch Frau Heidi Graichen	
Beschlussvorlage 13-2/119/2011	4
TOP Ö 12 Geschäftsbereich der zweiten ehrenamtlichen Bürgermeisterin/des zweiten Dringlichkeitsantrag SPD und Grüne Liste Nr. 062/2011 11/043/2011	5
TOP Ö 20.1 Berufung in den Aufsichtsrat der Erlanger Schlachthof GmbH	
Beschlussvorlage II/105/2011	6
TOP Ö 21 Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2010 des Amtes für Verwaltung	
Beschlussvorlage 39/007/2011/1	8
Budgetabrechnung 2010 Amt 39 39/007/2011/1	10
TOP Ö 23 Energiewende Erlangen	
Beschlussvorlage 31/117/2011/1	12
TOP Ö 23.1 SPD Antrag und Antrag GRÜNE Liste vom 12.04.2011: Resolution zum Abschluss	
Beschlussvorlage III/020/2011	15
Fraktionsantrag 037/2011 SPD und Grüne Liste -Fraktion III/020/2011	17
Übersicht-AKW-Bayern III/020/2011	20
TOP Ö 32.1 Fraktionsantrag der SPD Nr. 058/2011 gem. § 28 GeschO vom 24.05.2011	
Beschlussvorlage 611/087/2011	21
Anlage 1: SPD-Fraktionsantrag Nr. 058/2011 vom 24.05.2011 611/087/2011	23
Anlage 2: Foto Erschließungsweg zwischen "Flohkiste" und Quartiersplatz	24
TOP Ö 34.1 Bildung einer 5. Eingangsklasse am städtischen Marie-Therese-Gymnasium	
Beschlussvorlage 40/079/2011	25
Anlage 1: Antrag der Schulleitung vom 12.5.2011 40/079/2011	27
Anlage 2: Stellungnahme der Schulleitung vom 23.5.2011 40/079/2011	28
Anlage 3: Dringlichkeitsantrag der Stadtratsfraktion Grüne Liste Nr. 0	29
Anlage 4: Protokollvermerk aus der Sitzung des Schulausschusses am 19.5.2011	31
Anlage 5: Übersicht über den Bedarf an Lehrerwochenstunden bei Einrichtung	32
TOP Ö 34.2 Ganztagschule - Einbau einer Mensa in der Grund- und Mittelschule B	
Beschluss Stand:19.05.2011 242/130/2011	33
Anlage 1 Variante A 242/130/2011	36
Anlage 2 Variante B 242/130/2011	37
TOP Ö 34.3 Beantwortung des Dringlichkeitsantrages der SPD-Fraktion vom 24.05.2011	
Beschlussvorlage 24/030/2011	38
Fraktionsantrag Nr. 061/2011 24/030/2011	39
Inhaltsverzeichnis	41